

Annoncen
Annahme-Bureau
In Posen
außer in der Expedition
bei Japphi (C. H. Ulrich & Co.)
Breitestraße 14;
in Gnesen
bei Herrn Ch. Spindler,
Markt- u. Friedlicher, Seite 4;
in Grätz bei Herrn L. Streitberg;
in Frankfurt a. M.
G. L. Duhme & Co.

Posener Zeitung.

Sieben und siebzigerster Jahrgang.

J. 872.

Sonnabend, 12. Dezember
(Erscheint täglich drei Mal.)

1874.

Telegraphische Nachrichten.

Wien. 11. Dezember. Das Ministerium des Innern hat, wie die „Neue freie Presse“ meldet, im Einvernehmen mit den beteiligten Parteien beschlossen, die staatliche Beaufsichtigung der Aktien-Erwerbsgesellschaften während der Liquidation durch landesfürstliche Kommissare aufzubeben.

Wien. 11. Dezember. Aus Yokohama wird vom gestrigen Tage telegraphiert, daß der Durchgang der Venus von der österreichischen Kommission mit vollkommenem Erfolge beobachtet und eine Reihe photographischer Aufnahmen bewirkt wurde.

Paris. 11. Dezember. Das „Journal officiel“ veröffentlicht eine Verfügung der Regierung über die Organisation der Unteroffiziers-Schulen der Infanterie, welche die Bestimmung enthält, daß nur lebensfähige Unteroffiziere, welche den vorgeschriebenen Aufenthalt in einer Unteroffiziers-Schule absolviert haben, zu Offizieren befähigt werden sollen.

Santander. 11. Dezember. Der Angriff der Carlisten auf Santander ist mißlungen. Die Carlisten haben bei Castro Urdiales einen Engländer gefangen genommen und verlangen für die Freilassung desselben ein Lösegeld von 70 Pf. St.

Southampton. 11. Dezember. Der Dampfer des Norddeutschen Lloyd „Amerika“ ist mit 250,000 Dollars an Kontanten aus New York hier eingetroffen.

Petersburg. 11. Dezember. Bei dem zur Feier des George festes stattgehabten Galadiner brachte Prinz Albrecht von Preußen in Erwiederung der Rede des Kaisers von Russland folgenden Toast auf denselben aus:

„Ew. Majestät haben die Gnade gehabt, mir zu erlauben, meinen unterthänigen Dank für die gnädigen Worte zu sagen, welche Ew. Majestät soeben ausgesprochen haben. Ew. Majestät wissen am Besten von Allen in Ihrem weiten Reiche, welchen Widerhall diese Worte bei meinen Auerhänden Herrn finden werden. Gestalten mir Ew. Majestät hinzufügen, daß Ihre Gnadenbeweise, Wohlwollen, ja ich möchte sagen, Liebe, welche Sie der preuß. Armee von jeher zugewandt haben und noch zuwenden, mit unauslöschlicher Dankbarkeit von denselben empfunden werden. Erlauben Ew. Majestät, daß ich auf das Wohl Ew. Majestät trinke mit dem Wunsche, daß Gott Ew. Majestät edle Bestrebungen und Absichten segnen möge.“

Bukarest. 11. Dezember. Der Senat hat einstimmig die als Antwort auf die Thronrede des Fürsten Karl vorgeschlagene Adresse als Vertrauensvolum für die Regierung angenommen.

Kairo. 11. Dezember. Auwers telegraphiert eben, daß die Beobachtung des Venus durchgangs bei schönem Wetter, aber wegen unerwarteter Erscheinungen in der Atmosphäre der Venus, nur mit Schwierigkeit stattgefunden hat.

New York. 11. Dezember. Der Schooner „Eclipse“ ist in den Gewässern von Kuba aufgebracht, aber auf Vorstellung des englischen Konsuls wieder freigegeben, da die Papiere des Schiffes vollkommen in Ordnung waren. Die Passagiere befinden sich indessen noch in Haft.

Bismarck über Frankreich.

Unter den in der zweiten Sitzung des Prozesses Arnim verlesenen Schriftstücken beanspruchen ein besonderes Interesse zwei Erklasse des Fürsten Bismarck an Arnim über die Lage in Frankreich und deren Folgen für Deutschland. Wir beleben dieselbe deshalb nachträglich noch wörtlich mit, nebst den daran sich lösenden Debatten:

Erlaß Nr. 271. Berlin, 23. Dezember 1873:

Ew. Exzellenz Bericht vom 16. d. M. Nr. 161 ist eingegangen. Nach der heutigen Entwicklung der Lage hatte ich es nicht mehr für indirekt, Ihnen eine neue Instruktion zu ertheilen, wohl aber gibt mir der Inhalt Ihrer Berichterstattung in den letzten zwei Monaten Anlaß zu einigen allgemeinen Bemerkungen.

Die Lage der Dinge in Frankreich ist ohne Zweifel eine solche, daß es für jeden, auch den geringsten Diplomaten, schwierig, vielleicht eine unmögliche Aufgabe ist, sich ein sicheres Urteil über den Zustand des Landes, über das Gewicht der einzelnen politischen Partien und Personen und namentlich über die Wahrscheinlichkeit der nächsten Zukunft zu bilden. Diese Schwierigkeit wird erhöht durch die unverstandene Leidenschaftlichkeit, welche dem französischen Charakter eigentümlich ist und von welcher auch die gereiftesten französischen Staatsmänner weniger frei sind, als die Mehrzahl der deutschen und englischen. Eben so groß wie die Schwierigkeit der Beurteilung, ist aber zugleich die Wichtigkeit, welche es für die deutsche Reichsregierung hat, nicht zu einer unrichtigen Beurteilung der Sachlage in Frankreich und ihren Konsequenzen zu gelangen, nicht falsche Brüder als richtige und als sichere Baken der eigenen Politik anzunehmen. In einer solchen Hinsicht ist es meines Erachtens für den amtlichen Vertreter des deutschen Reiches die Aufgabe, die Eindrücke, welche er empfängt, bevor er sie meldet, einer sehr sorgfältigen Prüfung und Sichtung zu unterwerfen. Denn bei der verhältnißvollen Bedeutung, welche jede Entschließung Sr. Majestät in der auswärtigen Politik für die Zukunft des deutschen Reiches und Europas haben kann, wäre es eine große Gefahr für beide, wenn wesentliche Voraussetzungen der Anerkennung sich als irrtümlich erweisen, obwohl sie von der Kaiserlichen Botschaft als zweifellos angesehen und gemeldet wären. Wenn Ew. ic. die Güte haben wollen, Ihre Beichte seit Ihrer ersten Rückkehr nach Paris bis jetzt, die Meinungen, welche Sie darin über die Lage und die nächste Zukunft, über die Stellung und die Bedeutung der einzelnen Staatsmänner und über die Aufgaben unserer Politik ausgesprochen haben, einer vergleichenden Prüfung zu unterziehen, so glaube ich, werken Sie selbst die Größe der Schwierigkeiten würdigen, die es hat in einem solchen Lande und in einer solchen Lage sich ein Urteil zu bilden, welches man mit derjenigen Sicherheit aussprechen kann, auf die Sr. Majestät den König in so folgenschweren Fragen bei amtlichen Amtsstücken den Anspruch hat.

Meine dienstliche Stellung legt mir die Verpflichtung auf, die Vertreter Sr. Majestät, wenn ich den Eindruck habe, daß ihre Berichterstattung auf irrtümliche Voraussetzungen beruht, darauf aufmerksam zu machen, und die Wahrheit entweder durch gemeinsame Erörterung zur Feststellung zu bringen, oder in Fällen, wo es sich um

Wahrscheinlichkeitsberechnungen für die Zukunft handelt und ein Einverständnis in Bezug auf dieselben nicht zu erreichen ist, die Ansicht einzustellen, welche der Politik, zu der ich Sr. Majestät rate, zu Grunde liegen und gegen welche ein Gefährdet daher seine abweichende Ansicht so lange zurücktreten lassen muß, als Sr. Majestät der Kaiser und König mir die Leitung der auswärtigen Politik Deutschlands anvertraut. Ich bestreite verträcht weniger, als daß das der auswärtigen Politik, eine zweipartige Behandlung; eine solche würde für mich in der selben Kategorie der Gefährlichkeit stehen, wie etwa im Kriege das Verfahren eines Brigadiers und seines Divisionsärs nach einander widersprechenden Operationenplänen. Die Erkenntnis dieser Gefahr lebt mit die Verpflichtung auf, Ew. ic. zu sagen, daß ich die von Ihnen mit Z. vertragte augebrochene Überzeugung, als wären unsere rückständigen Forderungen unter jeder Regierung Frankreichs unbedingt gesichert für eine irrtümliche und jede Ver sicherung, die Ew. ic. darüber geben, für eine sehr gewisse halte. Sie nehmen dadurch eine Verpflichtung auf sich, die Niemand leisten kann und die deshalb in einem amtlichen Bericht auf Grund dessen Sr. Maj. Entscheidungen lassen könnte, nicht gegeben werden sollte. Ich halte für wahrscheinlich, daß die Bestellungen erfolgen, wenn Thiers am Ruder bleibt, oder daß die gouvernementale Verbündisse in einer regelmäßigen legalen Entwicklung bleiben, ich befürchte dagegen, daß wir zur Verpflichtung unserer Forderung von neuem das Schwert würden ziehen müssen, wenn durch gewaltsame Umwälzung eine Republik mit einer anderen Gattung von Führern an's Ruder käme. Sodann wegen dieser Möglichkeit liegt es in unserem Interesse, daß jedes Gouvernement mindestens unserseits nicht zu schwächen oder zu seinem Sturze beizutragen. Anders, aber auch nicht in einer für uns erwünschten Weise würde sich, wie ich befürge, die Sache entwickeln, wenn vor der Z. und der Räumung einer der monarchischen Präidenten sich der Gewalt bemächtigte. Wir würden dann in freundlicher Weise gebeten werden, das Gedächtnis des jungen monarchischen Keimes dadurch zu fördern, daß wir der Monarchie in Bezug auf Zablung und Räumung Koncession machen, die wir der Ke. z. verboten hätten. Wir könnten das allerdings abschlagen, aber ich fürchte, daß dies nicht thunlich sein würde, ohne daß an der e. Kabinette, und namentlich uns nahe befremde, auch ihrerseits eine Verstärkung des monarchischen Elements in Frankreich und mehr oder weniger dringend empfehlen würden. Wenn man auch in London, Petersburg und Wien zu live ist, um zu glauben, daß ein monarchisches Frankreich uns weniger gefährlich sei, als die gelegentliche Herrschaft der republikanischen Fraktionen in Frankreich, so ist doch die Behauptung, eine solche Verstärkung eine Sr. Maj. den Kaiser persönlich empfindliche Erkrankung entstellt. Wenn Sie aber eine solche im dienstlichen Interesse Ihres amtlichen Berichts glauben einverleben zu müssen, so wäre es dabei meines Erachtens indiziert, die Quelle einer solchen Meinung etwas genauer als durch unbelehrte Promonen „man“ zu substantiierten und die geschäftliche Rücksicht einer solchen Insinuation näher zu begründen, als hier geschehen. Ew. ic. selbst würden es gewiss und mit Recht nicht für angemessen halten, wenn ich Ihnen in einem amtlichen Erlass ohne ein nachweisliches Motiv nur unter anonymer Bezeichnung des Promon „man“ Mittheilung von Gründen machen wollte, die etwa über die Verbindungen der kaiserlichen Botschaft in Paris in analoger Weise existieren könnten, wie das von Ihnen angeführte Gericht einer Verbindung der kaiserlichen Regierung mit Gambetta. Es müßten gewiß sehr glaubwürdige und nachhaltig zu machende Autoritäten und ein ehrstiller dienstlicher Zweck vorhanden sein, ehe ich es für gerechtfertigt halten könnte, derartige Andeutungen in einem amtlichen Erlass zu machen.

Ich aus menschlichem Interesse nicht wünschen will, so wäre es nur um so stärker zur Klärung der Wohlhaben monarchischer Verfassung und zur Abhängigkeit an monarchische Institutionen in Deutschland beitragen.

Unser Bedürfnis ist, von Frankreich in Ruhe gelassen zu werden, und zu verbüten, daß Frankreich, wenn es uns den Frieden nicht hält, Bundesgenossen finde. So lange es solche nicht hat, ist uns Frankreich nicht gefährlich und so lange die großen Monarchen Europas zusammenhalten, ist ihnen keine Republik gefährlich. Dagegen wird eine französische Republik aber sehr schwer einen monarchischen Bundesgenossen gegen uns finden. Diese meine Überzeugung macht es mir unmöglich, Sr. Majestät dem Könige zu einer Aufforderung der monarchischen Rechte in Frankreich zu raten, welche zugleich eine Kräftigung des uns feindlichen ultramontanen Elementes involvieren würde.

Indem ich die Meinungsverschiedenheit, in der ich mich über so fundamentale Grundsätze unserer Politik mit Ew. ic. befinden, lebhaft bedauere, habe ich mich doch der Pflicht nicht entziehen können, die beiden unumrunden zu Ihrer Kenntnis zu bringen, ich bin überzeugt, daß die Meinungsverschiedenheiten zwischen uns sich wesentlich vermindern werden, wenn Ew. ic. auf meine Eingangs ausgeschriebene Bitte eingehen wollen, die Zuverlässigkeit Ihrer Eindrücke von französischen und deutschen Verbündissen einer sorgfältigen und längeren Prüfung zu unterwerfen, bevor Sie die eben einem amtlichen Bericht einverleiben, den ich Sr. Majestät vorzulegen habe und der als piöse justiziale Weise unserer Politik auch parlamentarisch oder anderen Kabinetten gegenüber unter Umständen benutzt werden muß. Es wird sich auf diese Weise auch eine gesicherte Übereinstimmung des Inhalts Ihrer Berichterstattung in sich selbst in so weit herbeiführen lassen, wie es für mich erforderlich ist, um selbst einen festen und dauernden Eindruck des Gesamtinhalts der Berichterstattung und der Anträge zu erhalten.

Mehr aus formalen Rücksichten erlaube ich mir noch die nachstehende Bemerkung. Sie erwähnen in Ihrem Bericht vom 16. d. M. das, daß man an direkte Beziehungen zwischen der deutschen Regierung und Gambetta glaube. Wenn Ew. ic. sich vergegenwärtigen, daß die deutsche Regierung durch Sr. Maj. den Kaiser in erster Linie geleitet wird, so kennen Ew. ic. die Denkschriftweise unseres Alerhöchsten Herrn hinreichend, um darüber nicht in Zweifel zu sein, daß eine solche Behauptung eine Sr. Maj. den Kaiser persönlich empfindliche Erkrankung entstellt. Wenn Sie aber eine solche im dienstlichen Interesse Ihres amtlichen Berichts glauben einverleben zu müssen, so wäre es dabei meines Erachtens indiziert, die Quelle einer solchen Meinung etwas genauer als durch unbelehrte Promonen „man“ zu substantiierten und die geschäftliche Rücksicht einer solchen Insinuation näher zu begründen, als hier geschehen. Ew. ic. selbst würden es gewiss und mit Recht nicht für angemessen halten, wenn ich Ihnen in einem amtlichen Erlass ohne ein nachweisliches Motiv nur unter anonymer Bezeichnung des Promon „man“ Mittheilung von Gründen machen wollte, die etwa über die Verbindungen der kaiserlichen Botschaft in Paris in analoger Weise existieren könnten, wie das von Ihnen angeführte Gericht einer Verbindung der kaiserlichen Regierung mit Gambetta. Es müßten gewiß sehr glaubwürdige und nachhaltig zu machende Autoritäten und ein ehrstiller dienstlicher Zweck vorhanden sein, ehe ich es für gerechtfertigt halten könnte, derartige Andeutungen in einem amtlichen Erlass zu machen.

R. Anwalt Döckhorn: Ich befrage, die Antwort des Angestellten vorzulesen, zu bringen.

Staats-Anwalt: Wir kommen damit wieder auf den früheren Antrag zurück, daß die Berichte verlesen werden sollen.

R. Anw. Döckhorn: Wir behalten uns einen Antrag hierüber vor.

Vorsitzender: Das wäre der Bericht vom 19. Dezember 1872

Angestl.: Ich glaube, er ist vom Anfang Januar.

Rechts-Anwalt Döckhorn: Es kommt, wenn ich mich recht erinnere, wenig Tage darauf wiederum ein Erlass, und diese sind beide unzutreffend beantwortet; ich habe diese Berichte in Abschrift. Der Zusammenhang ist der: Es ist zunächst ergangen der Erlaß, welcher gegenwärtig gelesen ist. Nr. 271, unterzeichnet von Bismarck. Nun erscheint ein Erlaß, Nr. 281, vom 23. Dezember, welcher noch nicht verlesen, dann einer vom 23. November, unterzeichnet von Balan, der verlesen ist.

Vom Angeklagten ist auf die beiden letzten Berichte geantwortet worden unter dem 3. Januar 1873; das Schriftstück ist nicht numerirt, aber leicht zu finden, indem es mit dem Ausdruck beginnt, daß es Schreiber am liebsten gewesen wäre, auf dieses Schreiben nicht zu antworten.

Staats-Anwalt: Dasselbe findet sich nicht unter den eingeforderten Schriftstücken; es muß sich also dieser Brief im Besitz des Angeklagten befinden.

R. Anw. Döckhorn: Wir behalten uns Anträge in dieser Beziehung vor.

Staatsanwalt: Bielleidt wird sich der Vertheidiger darüber erklären, wie der Angeklagte zum Besitz des derselben kommt.

R. A. Döckhorn: Ich werde mich darüber nicht erkären.

Vorsitzender: Es folgt der Erlaß Nr. 281 vom 23. Dezember 1872, der überbracht ist vom Grafen Arnim-Bouzenburg (derselbe wird verlesen und lautet):

Berlin, den 23. Dezember 1872. Mit den Bemerkungen, welche Ew. Exzellenz in dem gef. Bericht vom 19. d. M. zu der Aufführung des Herrn Thiers vor der dreifigter Kommission machen, bin ich nicht ganz einverstanden. Die Phrase „Les pays est sage, les partis ne sont pas“, bedeutet parlamentarisch höchst und richtig die Erscheinung, welche sich in allen Ländern mit Representativverfassung wiederholt und durch welche die Befugnis zur Aufführung der Wahlkörper motiviert ist, daß die Bevölkerung einschließlich der Wähler in der Regel befähigter, realistischer, patriotischer denkt, als die Führer organisierter Parteien im Parlament und in der Presse, in denen gewöhnlich den in jeder Partei Abwärtsen die Führung zufällt. Ein deutscher Staatsmann würde sich vielleicht anders wie Herr Thiers auslassen haben; aber es hätte ihn meines Erachtens Unrecht thun, wenn man seinen ganz aufrichtigen Ausdruck unter die Gemeinplätze verweisen wollte.

Auch darüber, was Herr Thiers sich von einer zweiten Kammer, die in dem konstitutionellen Organismus die erste, ein Oberhaus sein würde, verspricht, hat er sich, wie mir scheint, so deutlich ausgesprochen, wie es den Verhältnissen und der Verantaffung genügt. Er fasste im Eingange: Le voto donné au Chef du pouvoir exécutif ne serait pas suffisant. Le véritable remède serait l'institution de deux chambres. Vor einem Publikum, dem die Geschichte der Nationalversammlung von 1789 geläufig ist, war damit gerade für die konervative Majorität der Kommission ein so fruchtbarer Gedankengeschäft, daß es kaum der weiteren Bemerkungen über den Nutzen

einer zweiten kontrollierenden Körperschaft und der Verweisung auf andere Länder bedurfte hätte, welche Thiers an zwei anderen Stellen seiner Auskunft macht. Ich kann auch nichts Bekleidendes darin finden, daß er sich über die Zusammensetzung und die Beschlüsse der anderen Kammer nicht eher äußern zu wollen erklärt, als bis die Errichtung einer solchen im Prinzip angenommen sei.

Ich halte für nötig, den, wie mir scheint, ungerechten Urtheilen Ew. R. über Hrn. Thiers meine Ansicht gegenüber zu stellen, weil entgegengesetzte Ansichten über den leitenden Staatsmann Ew. R. auch dann zu einer von der meinigen divergirenden Politik drängen, wenn Ew. R. eine solche prinzipiell nicht beabsichtigen.

(gez.) von Bismarck.

Prozeß Arnim.

Berlin, 11. Dezember.

Dritte Sitzung.

Die Verhandlungen werden um 10½ Uhr wieder aufgenommen. Der Präsident des Gerichtshofes thut mit, daß er das gestern auf Antrag der Vertheidigung von dem auswärtigen Amt requirirte Antwort Schreiben des Grafen Arnim vom 11. August 1874, welches dessen Korrespondenz mit dem auswärtigen Amt abschloß, in beglaubigter Abschrift erhalten habe. Dasselbe wird verlesen. In dem Schreiben, das aus Nassenheide, wird von dem Grafen v. Arnim nochmals hervorgehoben, daß das auswärtige Amt nicht mehr seine vorgesetzte Behörde sei, und daß nach seiner Meinung eine richtige Interpretation des § 119 des Reichsbeamten Gesetzes dahin führen werde, daß jede disziplinarische Gewalt des auswärtigen Amtes über ihn aufgehoben habe.

Präf.: Wir haben nur zunächst die beiden Botschaftszeugen zu vernehmen, und zwar zuerst den Geheimsekretär v. Scheven (Zeuge wird vorgeführt). Ich habe Sie über einzelne Punkte zu befragen; können Sie uns ein allgemeines Bild von der Geschäftsführung geben in der politischen Registratur der pariser Botschaft?

Zeuge: Ich selbst habe nichts darin zu thun. Doch in der Regel hält der Herr Botschafter eingehende Schriftstücke einige Zeit zurück, um sie durchzusehen, dann gibt er sie dem Herrn, der mit der Journalistik beauftragt ist. Dieser trägt sie in den dazu bestimmten Alben an, in weitem sie nach Materien geordnet, in Cahiers oder Fasifeln aufbewahrt werden. Ich habe in jüngster Zeit die Journalistik beauftragt. Es sind die Schriftstücke in ein Ausgangs- und ein Eingangs Journal und in ein sogenanntes geheimes Journal, welche letztere aber nur einige Wochen in Gebrauch gewesen ist.

Präf.: Sind Sie davon unterrichtet, daß die Erklasse und Beichte fortlaufende Nummern hatten?

Zeuge: Gewiß!

Präf.: Es kam auch wohl manchmal vor, daß Berichte ohne Nummer abgingen?

Zeuge: Dann sind die Berichte jedenfalls nicht zur Kenntnis der betreffenden Beamten gelommen. Erklasse ohne Nummer sind jedenfalls nicht angekommen.

Präf.: Wer hatte den Schlüssel zu den politischen Korrespondenzen?

Zeuge: Der Chef oder in seiner Abwesenheit der Geschäftsträger.

Präf.: War er nicht noch andern Beamten zugänglich?

Zeuge: Ich habe ihn einmal gehabt, aber mit dem besonderen Auftrag, etwas zu holen.

Präf.: Erfolgte die Journalistik sofort und täglich, oder gelegentlich, vielleicht erst nach einigen Wochen?

Zeuge: Es mag früher so gewesen sein, gegenwärtig wird mindestens alle vier oder fünf Tage das Journal geordnet. Ich bin erst kürzlich nach Paris versetzt und es ist dies vom jetzigen Herrn Botschafter so angeordnet worden.

Präf.: Waren Sie bei der Durchsuchung des Archivs mit thätig, welche stattfand, als sich ein Mano herausstellte? Wie ist diese zur Sprache gekommen?

Zeuge: Ich erhielt zuerst Kenntnis davon durch Herrn Baron v. Holstein, dieser auf dem Sophie liegend, blätterte in dem Journal, um Schriftstücke aufzufinden, durch deren Lektüre der Botschafter Fürst Hohenlohe sich zu orientieren vermöchte. Der Fürst wollte nämlich einen ersten Besuch bei Herrn Thiers machen und mit ihm besonders über Kirchenpolitik sprechen und Herr Baron von Holstein wollte den Herrn Botschafter zu seinem Durchblättern, es schloß dies und das. Als das Mano zur Sprache kam, wurde eifriger gesucht und vom Fürsten Hohenlohe nach Berlin berichtet. Von dort kam der Antrag, eine Revision der Botschaftsarchiv vorzunehmen. Ich habe die Leitung der Recherchen gehabt. Die einzelnen Fächer wurden aus dem Archivschrank herausgenommen; alle Stücke mit politischen Nummern herausgelegt, getrennt nach Berichten und Erlassen; so wurde das ganze Spind durchgegangen. Die Stücke wurden nach Jahrgängen und die einzelnen Jahrgänge wieder nach Nummern geordnet. Das Resultat des Mano wurde so leicht festgestellt.

Präf.: Befrädt sich die Durchsuchung auf das eigentliche Archiv?

Zeuge: Ja.

Präf.: Haben nicht einzelne Nachforschungen in der kurrenten Registratur stattgefunden?

Zeuge: In beschrankter Weise. Ich hat den Herrn Fürsten, von Berlin aus ein Inhaltsverzeichniß von den einzelnen im Journal aufgeführten Nummern kommen zu lassen.

Vom Präsidenten aufmerksam gemacht, daß einzelne politische Altenstücke (6) in der kurrenten Registratur vorgefunden seien, erklärt Zeuge, daß dies solche Sachen seien, die ursprünglich als laufende begonnen, dann einen politischen Charakter angenommen hätten, aber in der kurrenten Registratur verblieben seien. Er erinnert sich 5 solcher Piecen, dieselben betreffen Missionarionen, Begradiungsangebote, Be schwerden von Bürgern. Eine Veranlassung, nach weiteren politischen Piecen die kurrente Registratur zu durchwühlen, lag nicht vor.

Präf.: Hat Herr Graf von Arnim sich jeweils ausgesprochen, daß er Erklasse und Berichte mit sich vornehmen wolle, als sein Botschaftsamt das Ende erreicht?

Zeuge: Davon habe ich nichts gehört.

Präf.: Nach den bereits erwähnten Untersuchungen haben keine weiteren Fortschritte stattgefunden?

Zeuge: Nein.

Rechtsanwalt Döckhorn: Ich will nur noch eine Frage dem Zeugen vorlegen. Aus Vorberichtigungen geht unter Anderem hervor, daß die Initiative bei den fehlenden Altenstücken von Herrn v. Holstein ergriffen worden ist. Herr v. Holstein hat nämlich, wie wir gehört haben, auch Zugang zu diesem Schrank gehabt und den Schluß dazu befreit. Ich muß hierbei etwas über die Stellung des Herrn v. Holstein zum Angeklagten bemerken. Herr v. Holstein hat dem Angeklagten gestanden, daß er von dem auswärtigen Amt angezeigt wurde, um dem Angeklagten aufzuhelfen und Bericht über ihn an das auswärtige Amt und andere Personen, die ich hier nicht nennen will, zu erstatten. Herr v. Holstein hat dem Grafen Arnim zwar verboten, doch er es nie wieder ihm werde (Heiterkeit). Wenn Herr v. Holstein ebenfalls im Besitz des Schlüssels war, so wird die Möglichkeit einer gewissen Schlussfolgerung ziemlich nahe liegen. Ich bitte, den Zeugen zu befragen, ob ihm bekannt sei, daß wir hier fortlaufende Berichte über den Angeklagten an das auswärtige Amt geschickt worden sind.

Präf.: Haben Sie davon Kenntnis?

Zeuge: Nein.

Staatsanwalt Tessendorff: Ichünsche, daß Herr v. Holstein vorgeladen wird, da er sonst nicht in der Lage ist, sich zu vertheidigen; wie es den Anschein hat, wird nämlich Verdacht bestehen, daß Herr v. Holstein vielleicht die Altenstücke bestohlen hat, um dem Grafen Arnim zu schaden. Ich bitte, denselben per Telegraph zu befragen.

Präf.: Der Gerichtshof erklärt sich damit einverstanden.

Präf. (zum Zeugen gewandt): Sie können uns also keine Auskunft darüber geben?

Zeuge: Nein.

Präf.: Sie versichern dies auf Ihren geleisteten Zeugeneid?

(Zeuge bestätigt dies und tritt ab).

Geb. Hofrat Gasperini — der nächste Zeuge — war, als Graf Arnim Botschafter in Paris war, Vorsteher der Botschaftsfanstalt bis zum 11. Februar 1873. Zeuge gibt Auskünfte über die Registratur- und Kanzleiverhältnisse in der Botschaft; ihm selbst war nur die Kurrentregistratur untergestellt. Er bestätigt die von früheren Zeugen gemachten Depositionen über die vorjährigen lokalen Verhältnisse. Auf die Frage der Präsidenten, ob nicht ministerial auch politische Akten in die Kurrentregistratur hinüberkommen könnten, erwidert Zeuge, daß, wenn es etwas unter seiner Leitung vorgekommen sein sollte, die jedenfalls sofort zurückgestellt worden wären; doch sei zu seiner Zeit überhaupt so etwas nicht vorgekommen.

Rechtsanwalt Döckhorn fragt zur Befolgsfestigung der Kennzeichnung des Archivlokals, ob es nicht richtig sei, daß außer sehr vielen Packen das Zimmer auch noch mit sehr zahlreichen Ballen der täglichen Zeitungen besetzt war, die nach Belieben von den Kanzleidienstern entfernt würden, wobei doch sehr gut auch irgend ein Altenstück hätte mit entfernt werden können.

Zeuge gibt zu, daß allerdings öfter die Zeitungen von 2 bis 3 Tagen dalagten. Auf die Frage des Präsidenten, ob diese nicht bei der enormen Zahl französischer Zeitungen beoutenden Raum eingenommen hätten, erläuterte er, daß wohl meist nur 2 oder höchstens drei Zeitungssätze dagelegen hätten.

Angeklagter Graf Arnim: Die Zeitungen liegen nicht eigentlich in meinem Zimmer, sondern in denjenigen Zimmern, die den Botschaftsräumen eingeräumt waren; dort stand aber auch der Archivraum. Hier also lagen die Zeitungen, deren täglich 20 ankamen, auf den Tischen in einer Anzahl von 50 bis 60 herum.

Zeuge gibt an, daß es allerdings das Legationszimmer, nicht aber das Arbeitszimmer des Botschafters war, wo die Zeitungen auf den Tischen lagen. — Auf die Frage des Vertheidigers Döckhorn giebt der Zeuge ferner zu, daß dies Zimmer auch viele Personen passierten, die zum Botschafter gingen, daß es also eine Art Antichambre bildete, wenn auch der ordentliche Zugang zum Empfangszimmer des Botschafters ein anderer gewesen sei. Zeuge nimmt seine Aussage auf den bereits geleisteten Eid und tritt ab.

Damit ist die Vernehmung der als Zeugen geladenen Mitglieder des pariser Botschaftspersonals vorläufig beendet.

Angeklagter Graf Arnim erklärt, es handele sich jetzt hauptsächlich nur noch darum, daß eine Zahl Konzepte, meist vom Januar 1874, noch fehlen. Von den 12 Berichten und 11 Ers. seien, die Passus III. der Anklage aufführe, stelen die meisten nunmehr fort. Von den Ers. glaubt er den Verbleib wenigstens als wahrscheinlich in den Händen des Grafen Linden nachgewiesen zu haben. Nr. 110 ist ein in Briefform an ihn gerichtetes Schreiben des Herrn v. Batan (damaligen vertretenden Staatssekretärs), welches er hier in Berlin erhalten habe; ferner ein Bericht, der eine Ancegenheit betrifft, von der man ernsthaft hier gar nicht sprechen kann (die Affäre Dame Rothschild). Ferner jene zwei Erklasse, die der Graf Wedderburn in seiner Abwesenheit durch den schon oft erwähnten Feldjäger erhalten habe; dann eine Nr. 15, von der er leider nichts weiß. Es rechtfertigt sich also die Summe der fehlenden Erklasse auf eine sehr geringe Zahl. Die sehr bedeutende Menge der letzteren fehlenden Berichte-Konzepte scheine ihm doch meist Sachen von nicht sehr großer Bedeutung zu betreffen. Von dem Botschaftskampten sei erwähnt worden, es sei um möglich, daß sich diese Akten in das Kurrentarchiv verloren hätten. Der Herr Präsident habe indessen schon sehr scharfsinnig bemerkt, daß eine derartige Unmöglichkeit sich doch nicht behaupten lasse. Er könnte dazu bemerken, daß ihm bereits in Rom Ähnliches vorgekommen sei, als er die Ehre schaft hätte, dort auch Sachen zu vertreten. Es sei ihm dort ein Ersatz des Herrn Ministers von Buast zu stanzen. Erst nach dieser Zeit habe er ihn auf seinem Schreibtisch unter einem Bogen weißen Papiers gefunden. Er wolle damit nur andeuten, wie leicht es vorkommen könnte, daß man etwas suche, ohne es zu finden. Was er aber hauptsächlich sagen wolle, sei, daß aus dem ganzen Organe des Scheins einer gewissen Fahrlässigkeit auf ihn selbst und auf das übrige Botschaftspersonal fallen müsse. Er müsse dieses letztere in Schutz nehmen; wenn eine Fahrlässigkeit vorgekommen sei, so müsse er sich ganz allein dafür verantwortlich erklären. Zu seiner Entschuldigung wolle er nur seine Kursivschrift erwähnen. Zum Beweis verleiht er, wenn dies nicht unbedeutsam sein heißt, dem Herrn Präsidenten seine Portefeuille zur Disposition.

Der Staatsanwalt wünscht, daß auch eine Vernehmung jenes Grafen von Linden, der auch Erklasse mitgenommen haben könnte, angedeutet werde.

Angeklagter bemerkt, daß er nur von der Möglichkeit gesprochen habe.

Der Gerichtshof erachtet die Vernehmung des Grafen Linden für unerheblich und lehnt den Antrag der Staatsanwältin auf Verhölung desselben — der Graf soll sich z. B. in Stuttgart aufhalten — ab.

Professor Dr. Levi's von hier wird nunmehr als Zeuge vernommen; derselbe ist auf Antrag der Vertheidigung geladen. Zeuge sagt aus: Ich habe mit dem Herrn Grafen Arnim zunächst im Monat Juni d. J. eine Unterredung gehabt, in der er mir den Inhalt eines Schreibens angab, in welchem das auswärtige Amt die Zurückgabe eines verlorenen Alten von ihm verlangt. Es wurde zwischen uns erörtert, ob diese Anprüche im Wege des Disziplinarverfahrens oder von dem Richter zu entscheiden seien. Der Herr Graf stellte die Frage, ob er dem auswärtigen Amt gegenüber nicht seinerseits mit einer Klage das Privilegium spielen könnte, indem er gewisse Entschädigungsansprüche vortreten möchte, die aus einer Differenz zwischen dem sog. persönlichen und dem Dienstbeamten herrührten, auf dessen Quartalsrate er als zur Disposition gestellter Beamter Anspruch habe. Er erwiderte, daß das auswärtige Amt dem gegenüber den Anspruchsvorwurf erheben würde und der Prozeß aufstehlos sei. Ein anderes Mal stellte der Herr Graf mir gegenüber in Abrede, die Veröffentlichung der bekannten Akten durch die "Presse" verboten zu haben. Dann schickte mir der Herr Graf mit, daß er zur Anerkennung über gewisse Punkte veranlaßt worden sei unter schriftlichem Schwur auf seinen Dienst und Verantwortlichkeit; auf sein Begehrungen erklärte ich, daß ich diese Bedeutung für unerheblich hielt. Zeuge wird vereidigt.

Der Gerichtshof erachtet die Vernehmung des Grafen Linden für unerheblich und lehnt den Antrag der Staatsanwältin auf Verhölung desselben — der Graf soll sich z. B. in Stuttgart aufhalten — ab.

Ein Bericht vom 22. Januar 1873 betrifft die gesellschaftliche Stellung der Deutschen in Frankreich anknüpfend an die in einem Pariser Salon gehörte Erzählung, daß Ihre Majestät die Kaiserin (Augusta) Ihr Bedauern ausdrückt habe, den greisen Staatsmann (Thiers) nicht kennen gelernt zu haben. Graf Arnim bestreitet die Ansicht, daß die Zeit an der Freundschaft der Kaiserin etwas ändern werde, mit der Bemerkung: Von der Zeit erwarte ich keine Veränderung. Der gegenwärtige Zustand habe für den Privatverkehr zwischen Franzosen und Deutschen ein angenehmes Erlebnis. Die Kaufleute, welche ihre Geschäfte aufzugeben müssen, die Handwerker, die nicht mehr Unterhalt finden, und die sehr zahlreichen Deutschen, welche ihr täglich Brot in Paris verdienen müssen, seien bestens dienten und zum Teil in zimmervoller Lage. Die Meisten seien nicht im Stande in ihre Heimat zurückzukehren, sie müssen in Dienstreisen erledigen, welche ihnen täglich zugesetzt werden. Hier lasse sich nicht helfen; denn trotz aller deutschen Siege kann er (Arnim) keinen französischen Privatmann zwingen, einen Deutschen anständig zu behandeln. Der Deutsche sei im Allgemeinen in einer demütigeren Lage als je zuvor. Wenn man aus den Läden der Arbeiterschichten hinaufsteige in die höheren Kreise, so sei das Verhältnis ein analoges. Es geht in diesen Kreise auch Ausnahmen, die seien aber selten. Über die Situation in den höchsten offiziellen und aristokratischen Kreisen habe er (Arnim) früher Erfahrung.

Ein weiterer Ersatz fordert den Grafen Arnim auf, dem Herrn Reichskanzler noch mitzuheilen, in welchen Beziehungen er gelebt hätte, da die Unternahmen Gambetta's in Italien und Österreich eine offensichtliche Regierung (des Herrn Thiers) zu stützen.

Ein Bericht vom 12. Mai 1872, gerichtet an den Grafen Arnim; es wird darin vom Reichskanzler Fürsten Bismarck aufgeführt, daß Deutschland kein Verlangen hat, die Orléanisten ans Ruder kommen zu lassen, daß dagegen die Bonapartisten wohl noch am ersten Aufsicht auf ein leidlichstes Verhältnis zu Deutschland bieten. Nichtsdestotrotz bleibt es Aufgabe der deutschen Regierung, die gegenwärtige französische Regierung (des Herrn Thiers) zu stützen.

Ein Bericht vom 22. Januar 1873 betrifft die gesellschaftliche Stellung der Deutschen in Frankreich anknüpfend an die in einem Pariser Salon gehörte Erzählung, daß Ihre Majestät die Kaiserin (Augusta) Ihr Bedauern ausdrückt habe, den greisen Staatsmann (Thiers) nicht kennen gelernt zu haben. Mme (Arnims) Ansicht ist, daß wir die Verbündung mit den Bonapartisten nicht von der Hand weisen wollen. Sie ist die einzige Partei, welche Auflösungspunkte und Verbindungen mit den Deutschen nicht von der Hand weist. Alle anderen Parteien vermeiden jeden Verkehr mit uns und denken auf einen Kriegskrieg. In einer Diktatur Gambetta liegt dieselbe Gefahr, wie in einer Diktatur Gambetta. Eine Diktatur Grevy's würde nur Übergang zu Gambetta sein. Er (Arnim) halte eine solche Entwicklung für die günstigste, die die wirkliche Zahlung und Sicherung der Villiarden sicher, andererseits den Regierungswechsel (d. h. den Sturz von Orléans) bestreut, da sie den im Lande noch weilenden deutschen Truppen erst Gelegenheit giebt, auf die Angelegenheit Einfluß zu üben.

Es folgt als Antwort auf diesen Bericht ein Ersatz vom 12. Mai 1872, gerichtet an den Grafen Arnim; es wird darin vom Reichskanzler Fürsten Bismarck aufgeführt, daß Deutschland kein Verlangen hat, die Orléanisten ans Ruder kommen zu lassen, daß dagegen die Bonapartisten wohl noch am ersten Aufsicht auf ein leidlichstes Verhältnis zu Deutschland bieten. Nichtsdestotrotz bleibt es Aufgabe der deutschen Regierung, die gegenwärtige französische Regierung (des Herrn Thiers) zu stützen.

Ein weiterer Ersatz fordert den Grafen Arnim auf, dem Herrn Reichskanzler noch mitzuheilen, in welchen Beziehungen er gelebt hätte, da die Unternahmen Gambetta's in Italien und Österreich eine offensichtliche Regierung (des Herrn Thiers) zu stützen.

Ein Bericht vom 22. Januar 1873 betrifft die gesellschaftliche Stellung der Deutschen in Frankreich anknüpfend an die in einem Pariser Salon gehörte Erzählung, daß Ihre Majestät die Kaiserin (Augusta) Ihr Bedauern ausdrückt habe, den greisen Staatsmann (Thiers) nicht kennen gelernt zu haben. Diese Höflichkeit höre aber auf, wo die Pflicht dazu aufsteht, also natürlich bei den Damen. Die jüngeren Mitglieder der Botschaft liegen darunter sehr, da sie einer großen Menge von Annehmlichkeiten befreit seien, deren Erhaltung nur bei einem hohen Grade philosophischer Reflexion verschmerzt werden kann. (Gesetzestit) Mit einem Wort, welcher Klasse der Deutsche auch angehören möge, niemals würde er in dem Geraffe kommen, daß er das Mitglied einer sittlichen Nation ist. Er (Arnim) würde unterlassen haben, den Zeit zu Zeit über diese Dinge Bericht zu erstattet. Die Personen, mit denen er sichlich verkehrt, sowie solche, die mit dem Gouvernement verbündet, sei zu ihm höchst. Die Begegnungen am dritten Orte, beim österreichischen Botschafter, z. B. erscheinen in derselben höflichen Form. Diese Höflichkeit höre aber auf, wo die Pflicht dazu aufsteht, also natürlich bei den Damen. Die jüngeren Mitglieder der Botschaft liegen darunter sehr, da sie einer großen Menge von Annehmlichkeiten befreit seien, deren Erhaltung nur bei einem hohen Grade philosophischer Reflexion verschmerzt werden kann. (Gesetzestit)

Der Gerichtshof erachtet diesen Punkt, ob der Angeklagte auf Grund der Guise von Machtverhältnissen bona fide die Herausgabe der Schriftstücke vermeidig ist, durch die Zeugenaussagen des Professors Levi hinreichend aufgeklärt und lehnt die Vernehmung des Vertheidigers des Angeklagten Rechts-Anwalt Münkel als Zeugen ab.

Staatsanwalt Tessendorff: Von der Vertheidigung wird daraus, daß der Angeklagte Gleichen wie "Oho! Nann!" u. s. w. in den Rand von Schriftstücken gefüllt hat, der Beweis herulehnt erfordert, daß er dieselben als Präsentationsschmuck ansehen habe müsse. Ich habe mir gestern diese Gleichen angesehen und gefunden, daß nur einzelne Schriftstücke glossiert sind, und wenn man sagt, daß die Gleichen für die Aufstellung des Angeklagten der betreffenden Schriftstücke als private spricht, so würde das keinesfalls folgen.

Vertheidiger Rechts-Anwalt Döckhorn: Ich erkläre das für unerheblich. Es besteht durchaus keine Rücksicht auf alle privaten Schriften.

Präsident zu dem Angeklagten: Bevor zu der am 4. Oktober in Nassenhe

nichts nützen. Der Botschafter bemerkt schließlich, daß in Wahrheit der Krieg von 1870 zwischen beiden Nachbarländern einen Zustand geschaffen, wie den, in welchem seiner Zeit Österreich und Sardinien gestanden haben.

Als Antwort auf diesen Bericht erging der Erlass vom 2. Februar 1873. Es heißt darin: „Sie haben die sozialen Verhältnisse geschildert, insfern die Mitglieder der Botschaft dadurch betroffen werden und sind dabei von der Annahme ausgegangen, daß die Schwierigkeiten für den Schutz der Deutschen in Paris von Seiten der Reichsregierung nicht voll Würdigung finden. Diese Voraussetzung war unbegründet. Ein Exzellenz wollen voraussehen, daß die Schwierigkeit dieses Schutzes der Deutschen im Privalben hier vollständig bekannt ist. Die Besserung darin kann nur von der Zeit und vielleicht nicht einmal von dieser erwartet werden. Der so wenig verhüllte Hass der Franzosen habe immerhin zur Folge, daß die Aufgaben der Botschaftsmänner wesentlich vereinfacht werden. Sie haben nicht nötig, wie andere Vertreter des Kaisers, stets die Förderung des guten Einvernehmen mit den Fremden sich sorgfältig anzulegen, um zu lösen. Jede französische Regierung wird doch ihre Absichten als ihre Hauptaufgabe betrachten und es ist nur eine Frage der Zeit, wann Frankreich sich dazu mächtig genug glaubt. Wir haben den Krieg nicht gewollt, sind aber stets bereit, ihn für das nationale Wohl wieder aufzunehmen. Oderint, dum me tuant! Ein Exzellenz werden daher stets im Sinne Sr. Majestät des Kaisers handeln, wenn Sie, wie bisher, solchen Leuten nicht nachlaufen, die Ihnen nicht wenigstens halbwegs entgegenkommen. Da geschäftlicher Hinsicht sind wir nicht in der Lage, den dortigen Leuten eine Hilfe zu erwirken, so lange nicht eine wirkliche Ungerechtigkeit nachgewiesen werden kann. Da nach dem Kriege dort hingegen Deutschen waren die Gefühle der Franzosen ja bekannt. Wenn sie auf ehrenvolle Behandlung bedacht gewesen, hätten sie lieber ihrem Heimatlande als dem der Franzosen ihre Kräfte mitmachen lassen.“

Es folgt ein Erlass des Fürsten Bismarck vom 30. Dezember 1873. Es heißt darin: Graf Arnim habe die Ansicht ausgesprochen, daß die durch den (französischen) Minister des Auswärtigen gemachten Entschuldigungen für die Beleidigungen, die ihm von der Frau von Rothschild angefügt seien, für genügend zu erachten seien. Die Bürgerschaften, die man gegeben habe, um die dem Botschafter geführten Rücksichten zu sichern, seien indessen wenig wirksam gewesen, da jene Dame bereits wieder in den Salons empfangen sei. Er empfiehlt ihm in Übereinstimmung mit der Meinung Sr. Majestät des Kaisers, sich des Besuches der amtlichen Häuser zu enthalten, ohne dies offiziell kundzugeben, sowie ohne einen Grund dafür namhaft zu machen.

Daran schließt sich die Verlesung des Berichts vom 7. Januar 1874. Graf Arnim beweist den Erlass vom 30. Dezember 1873 erst gestern erhalten zu haben. Due Decazes habe auf das Schreiben, welches ihm zugegangen sei, sofort geantwortet. Was die Dame gesagt hätte, lasse sich nicht feststellen, da sowohl die Dame selbst, wie alle übrigen den Zusammengang leugnen und weitere Auslagen verweigern. Due Decazes habe anerkannt, daß derartige Umgänge gehalten in der Folge unterbleiben müßten, eine Erklärung, welche er mit großer Wichtigkeit abgegeben habe. Er habe als sicher angenommen, daß die Ungeogenheiten erwiesen seien, während, wie bereits erwähnt, sich dies formell nicht habe nachweisen können, da Frau v. Rothschild das Vergehen gelenkt habe. Das Leugnen einer Dame sei aber eine Bitte um Entschuldigung gleich zu erachten (Heiterkeit). Was den zweiten Punkt anbetrifft, so habe sich Dr. v. Rothschild ihm vorstellen lassen und ihm einen Besuch gemacht. Man sprache davon, daß Gustav Rothschild wieder in öffentlichen Salons empfangen sei; doch sei dies wahrscheinlich Alphonse v. Rothschild gewesen. Doch läme es hierauf nicht an, da Herr v. Rothschild seine Haltung bereits geändert habe. Der Erlass vom 30. Dez. habe erwähnt, die Entschuldigungen nicht für anstrechend erachtet. Er habe mir den Marschall und seine Regierung im Voraus benachrichtigen wollen, daß, wenn er und seine Frau feineren Beleidigungen ausgesetzt würden, dann aller gesellschaftlicher Verkehr aufgehören würde. Der Marschall habe darauf geantwortet, er und seine Regierung werde alles thun, um dem Recht zu tragen. Trotzdem werde noch kein vertraulicher Verkehr möglich sein, wenn er auch vor Impertinenz geachtet sei. Der Erlass sage, er solle auch den gesellschaftlichen Verkehr aufheben; er hielte es für richtiger, es auf eine Probe ankommen zu lassen. Er erhielt sich in dieser Angelegenheit weitere Mitteilungen, namentlich darüber, ob er auch das Haus des Marschall Mac Mahon meiden sollte. Dies werde sich schwer vereinbaren lassen. Marschall Mac Mahon werde am 14. ein Fest geben; sein Auftreten könne nicht ohne Eindruck bleiben.

(Schluß folgt.)

Brief- und Zeitungsberichte.

Berlin, 11. Dezember.

In der Beurtheilung des Prozesses Arnim legt sich die Presse bis jetzt große Zurückhaltung auf. Man will dem Spruch der Richter nicht voreilen. Die Anklageschrift wird ziemlich übereinstimmend dahin kommentiert, daß dieselbe überaus großes Material gegen den Angeklagten aufgebaut hat. Die „Nat.-Ztg.“ führt aus, daß die Anklageschrift auf alle Fälle — der Ausgang des Prozesses mag sein, welcher er wolle — beweist, daß hinreichender Grund gegeben war, um die Entscheidung der gerichtlichen Behörde anzureuen. Sie sagt:

Es handelt sich in der Sache keineswegs blos um den Grafen Arnim persönlich betreffende Dokumente, sondern auch um solche von unzweckhaften amtlichen und durchaus sachlicher Natur, auf welche irgend ein Recht in Anspruch zu nehmen Graf Arnim selbst sich nicht in der Lage erklärt. Ob bei deren Verschwinden lediglich Unordnung oder, wie die Anklage annimmt, die Absicht journalistischer Benutzung im Spiele ist, wird das Gericht zu entscheiden haben. Die nachgewiesenen und eingestandenen journalistischen Beziehungen des Angeklagten stellen die Möglichkeit vor, daß vom Ankläger ihm imputierten Absicht mindestens in solcher Weise dar, daß irgend ein Vorwurf darüber, daß die Sache zur gerichtlichen Entscheidung gestellt worden ist, keinenfalls mehr aufrecht erhalten werden kann. Die Verdächtigungen preußischer Gerichtsbehörden, welche leider einen so breiten Raum in der öffentlichen Diskussion des Falles Arnim eingenommen haben, sind also schon am ersten Tage der Verhandlung, wie wir von vornherein erwartet hatten, in Nichts zerflossen.

Die „Nag.-Ztg.“ gewinnt noch andere Gesichtspunkte. Sie meint, es sei wohl jedem klar, daß hier noch ganz andere Dinge in Frage stehen, als die Stellung und Freiheit eines gräßlichen Staatsbeamten: die Sicherheit, welche für die wichtigsten Staatsgeheimnisse bestehen muß, sei in Frage gestellt. Sie schreibt:

Es wird von Seiten der Vertheidiger des Grafen Arnim behauptet werden, daß derselbe ein Dispositionsrecht über Verhandlungen und Erlassen gewonnen hat, welche die Position Deutschlands zu den auswärtigen Mächten auf das Empfindlichste berühren. Es ist in der That weniger ein Prozeß, den der Staat durch einen öffentlichen Ankläger gegen Graf Arnim erhoben hat, als ein Rechtsstreit, den der Graf mit der deutschen Nation darüber begonnen hat, ob er deren wichtige Interessen zur Auskämpfung eines Streites mit seinem Vorgesetzten, dem Reichskanzler, vernutzen dürfe. Es ist ein Angriff gegen den deutschen diplomatischen Dienst, über dessen Berechtigung das Berliner Gericht seinen Spruch zu geben hat. Wie dieser Spruch fallen wird, das vermögen wir nicht vorauszusehen; wir wollen uns augenblicklich kein Urtheil darüber gestatten, ob der ehemalige Botschafter ein formelles Recht dazu hat, die Sicherheit Deutschlands zu gefährden, wenn es ihm gutdünkt.

Königsberg, 10. Dezember. Die „K. Hart. Z.“ berichtet: „Gestern Mittag begaben sich eine Deputation des Handwerkervereins und Mitglieder der Gesellschaften zu Herrn Dr. Johann Jacoby um denselben zum 25. Jahrestag der Freisprechung von Hochverratsabschlusse ihre Teilnahme zu bezeigen. Herr Dr. Rosenstock wies in kurzer Ansprache auf die Bedeutung des Tages hin, worauf der greife Jubilar antwortete, wie ihn das Vertrauen zu seinen Mitbürgern vor 25 Jahren nicht geläufig, wie er die Freiheitsideale seiner Jugend stets festgehalten, und wie er trotz mäßiger Zeitverhältnisse die Hoffnung auf eine bessere Zukunft hege. Herr Dr. Jacoby schloß seine Rede mit einem Hoch auf das in Freiheit geeigte Vaterland. Als dann Herr Dr. Dinter, der trotz seines leidenden Zustandes seinen alten Freund ansprach, mit thännerer Stimme begann: „Lieber, alter Jacoby“, um dann mit wachsender Begeisterung den Mannesmuß desselben zu feiern, und ein kräftiges Hoch auf den verehrten Volksmann auszubringen, war wohl keiner unter den Anwesenden, der nicht im innersten Gemüthe tief bewegt gewesen wäre. — Am Abend versammelte sich eine stattliche Anzahl von Jacoby's Verehrern — sehr verschiedener politischer Farbe —, unter denen man Herrn John Reichenbach-Bülow, der die Grüße des gumbinner Handwerkervereins überbracht hatte, bemerkte, in der deutschen Ressource. Als Herr Dr. Jacoby den Saal betrat, erhob sich die Gesellschaft zu dessen Ehren und hielt Herr Maurermeister Schmidt eine Ansprache, die mit einem Hoch auf Jacoby schloß. Dieser antwortete mit einem Toast auf die Freiheitskämpfer der Zukunft, dem nun eine Reihe von Toasten folgten auf die Veteranen der Freiheit, auf das einige und freie Deutschland, auf das Streben nach den Idealen etc. Herr Dr. Rupp kommandierte einen gut erfüllten Salamander auf Jacoby, den dieser mit einem Hoch auf die akademische Jugend erwiderte. Überhaupt nahm die Feier einen ungestörten und zufriedenstellenden Verlauf.“

Lokales und Provinzielles.

Polen, 12. Dezember.

Wie sehr die polnische Sache an Sympathie verloren hat, zeigt der Umstand, daß auch die Fortschrittspartei, welche früher den Polen häufig zur Seite stand, sich sehr kalt gegen den Antrag der polnischen Fraktion im Reichstage verhält, und die fortschrittliche „Voss. Z.“ läßt ihm folgende Kritik angedeihen:

Die polnische Fraktion hat wieder einmal bei dem Reichstage eine Klage wider die preußische Regierung auf Erhaltung der polnischen Nationalität und Sprache eingebracht. Die Motive beginnen mit den wichtigen Sätzen: „Es ist von uns Polen die äußerst schmerzliche Wahrnehmung gemacht worden, daß seit der Zeit, wo die von uns bewohnten ehemaligen polnischen Landesteile dem deutsch-nationalen Einvernehmen worden sind, zugleich eine heftige Verfolgung des polnischen Elementes eingetreten ist. Die polnische Bewegung in dem Verhalten der preußischen Regierung können wir somit lediglich der Reichspolitik zuschreiben. Demzufolge wenden wir uns an die Volksvertretung des deutschen Reichs auf Grund der sich selbst auferlassenen Oberherrschaft über die erwähnten Lande, die der polnischen Nationalität nach göttlichen und menschlichen Gesetzen zutreffenden Rechte zu erhalten resp. zur Ausführung zu bringen.“ Danach geht es nun alsbald zur Erörterung der „menschlichen Gesetze“ über, auf die Occupationspatente von 1772 und 1793, auf die Traktate von 1773 und 1815, auf den Protest bei der deutschen Nationalversammlung von 1848, auf ein Manifest des Oberpräsidenten v. Horn aus 1867 und man muß sich ohn' sein, daß nicht einige Bogen mehr mit solchen Dokumenten vollgezuckt sind, wie sie sich zahlreich in den Akten des preußischen Abgeordneten-aufes vorfinden und zum beliebigen Gebrauch für alle Gelegenheiten und Zwecke längst geordnet sind. So steht es mit den „menschlichen Gesetzen“, von den „göttlichen“ ist nichts zu hören, ob sei denn, daß das Zentrum dafür blühte, dessen Fraktion den polnischen Antrag mit allen ihren Namen unterstützte hat.

Mit den Polen, die jedesmal auch vor Gericht eine Scene aufzuführen, als ob sie nicht leicht verständen und dann doch oft selbst in die deutsche Verhandlung eintreten, um eine Unkorrektheit im Verfahren durchzulassen, ist über die Verhandlung der deutschen Sprache auch in einem Antrage an den Reichstag nicht zu reden. Die Anwendung von lästigen Beimütern aus Stelle von lästigen Beweisen mag nationalpolnisch sein, aber Logik und staatsrechtliche Deduktion pflegen sonst nicht an Nationalitäten gebunden zu sein und die unterstützenden Freunde hätten für ihre Namen von den Antragstellern wenigstens nach dieser Site einige Rücksicht verlangen können und sollen. Aber „internationale Verträge“, sich selbst zu erkennende Oberherrschaft und menschliches Gesetz, gehen in Antrag und Motiven so bunt zu ineinander, daß man wohl Worte hört, aber keinen Sinn findet. Vielleicht würden im Reichstage auch noch andere Abgeordnete als aus dem Zentrum bereit gewesen, den polnischen Antrag zu unterstützen, wenn man ihnen die Beweise brachte hätte, wo und wie die preußische Regierung die polnische Nationalität misshandelt hat, denn man kann von Bayern, Sachsen, Württembergern, Oldenburgern etc. etc. doch nicht eine eingehende Kenntnis der inneren preußischen Zustände verlangen. Doch ist von dergleichen Beweisen nichts zu sehen und darum stehen auch nur ultramontane Namen neben den polnischen.

Schon dieser Zusammenhang zeigt, was es mit der polnischen Wendung in dem Verhalten der preußischen Politik auf sich hat, in welchen dasselbe lediglich der Reichspolitik zuzuschreiben ist und auf welche falsche Bahn die Polen gerathen sind, indem sie ihre nationalen Bestrebungen nicht von den ganz antinationalen der Ultramontanen getrennt zu halten verstanden haben. Dagegen erhebt sich im polnischen Lager selbst eine Opposition, die bis jetzt aber noch nicht durchdrungen ist und nicht an das Reich zu appellieren braucht, da sie bei allen Freunden des Reiches und Fortschrittes in Preußen Beifall finden würde und früher gefunden hat. Die Thatsache soll damit freilich nicht gelaugnet werden, daß die späteren preußischen Regierungen durch Sabotage ihre Stellungen und ihren Verlust so wenig den Polen wie den Ultramontanen gegenüber erkannt haben und der Übergang aus der schwankenden Politik in eine bewußte auf beiden Seiten empfunden wird. Aber um die vergangenen Zeiten wieder heraufzubeschreiben, müßten auch die organisierten Regierungen wieder hergestellt werden und zu solchem Selbstmorde wird kein Reichstag mitwirken. Können die Polen den Beweis beibringen, daß sie Seite an Seite mit den augsburgischen Deutschen für Auflärung, Bildung, Wohlfahrt der Menschen gewirkt, daß sie darin Erfolg erzielt, ihre Kultur erreicht habe die Grenzenüberquerung des Ostens aus der Barbarei an das Licht zu ziehen, daß polnische Sprache und Bevölkerung im Zuge nehmen sei, sowie Literatur und Wissenschaft Fortschritte machen, mit einem Wort, daß sie in den von ihnen bewohnten Landesteilen mit der deutschen Kultur auch nur Schritt halten, dann würde es ihnen an anderen als ultramontanen Freunden in Deutschland nicht fehlen. Aber solche Beweise werden nicht einmal vorsicht, sie sind auch unmöglich und deshalb halten sich die Polen Urlunden vor, über die die Zeit längst fortgegangen ist, um ihre Blößen zu verdecken.

Es wäre Schade, wenn der Reichstag über ihren Antrag Zeit verlieren müßte. Es wäre damit nicht mehr gewonnen, als vor dreißig und vierzig Jahren und noch später mit den langen Polensiedlungen in den französischen Kammern und dem englischen Parlament. In allen Ländern ist es mit der Polen Sympathie und Sentimentalität vorbei; die Klagen über auf den Wegen der Geschichten sind nicht mehr mode und Deutschland tummelt sich nicht am wenigsten, um verlorene Zeit einzuholen. Das sollte sich die polnische Fraktion zum Muster nehmen und nicht alte Wunden gewaltsam aufreissen, die längst vernarbt sind.

Vermögen.

* Bazar zum Besten der Bayreuther Festspiele. Der „Bors. Cour.“ schreibt aus Berlin vom 10. d. M.: „Im Salon des kgl. Bauamtsministeriums ist seit gestern der Bazar zum Besten

der Bayreuther Festspiele (Vergl. Nr. 865 der Posener Ztg.) eröffnet, zu welchem eine Anzahl namhafter Künstler Gemälde, Handzeichnungen u. s. w. zur Verfügung gestellt hat und bei dem mehrere Damen aus den aristokratischen und bürgerlichen Kreisen unserer Gesellschaft unter der Leitung der Dame des Hauses, Freifrau v. Schleinitz, den Verkauf übernommen haben. Schon am ersten Tage erfreute sich die Ausstellung eines lebhaften Besuchs und großer Ernährung. Die Kaiserin kannte eine Zeichnung der Wartburg für 200 Thlr., die Künstler Hasfeld ein Porträt Richard Wagner's von Lenbach für 1000 Thlr., ein Porträt des Fräulein Dobrin von der Frau Kronprinzessin gemalt, wurde ebenfalls für 1000 Thlr. verkauf. Eine meisterhafte Zeichnung von Adolph Menzel, „Der Salon der Frau von Schleinitz“ mit einer Anzahl sprechend ähnlicher und ungemein charakteristischer Porträts, u. a. der Frau Kronprinzessin, des Herrn und der Frau vom Hause des Professors Helmholz, der Maler v. Werner und v. Angeli, war schon vorher für einen hohen Betrag verkauft worden, dafür fanden treffliche Photographien dieses Bildes reizend Abzüge zu „Avant la lettre“ Preisen. Noch bauern die Kaufhäuser treffliche Bilder von A. v. Werner, „Ein Guitarrenspieler“ von Blochhorst, das überaus charakteristische Porträt von Franz Liszt, ein Blatt von Paul Meyerheim, eine Zeichnung von Lessing — Karlstraße und vieles Andere, was im Einzelnen anzuführen kaum möglich scheint. Selbstverständlich fehlt es weder an einem Blumenbazar mit seiner reizenden Bouquetière, noch an den materielleren Reizen eines Buffets, um das sonst im Verlehr so zurückhaltende Gold in fröhliche Zirkulation zu bringen. Herr Camphausen muß sich irren, wenn er meinte, daß Gold werde in den Kassen der Regierung zurückgehalten, ein Besuch im Salon seines Kollegen würde ihm das Gegenheil beweisen. Allem Anschein nach wird das glänzende Unternehmen von glänzendem Erfolg gefeiert und der Zweck des selben in reichem Maße erfüllt.

Brandwürtcher Revierieur: Dr. Julius Walther in Posen.

Angekommene Fremde vom 12. Dezember.

KEILER'S HOTEL. Die Kaufleute Koplan o. Mieslaw, Simon a. Neustadt b. P., Guisbäuer Krafft a. Mieslaw, Restaurant Michail a. Neutomischel.

Bis 11 Uhr Vormittags eingegangene Depeschen.

Paris, 11. Dezember. Die französische Bank beschloß, die noch in Umlauf befindlichen 355 Millionen Zwanzigfrancscheine einzuziehen und in Gold einzulösen. Der Finanzminister teilte gestern der Budgetkommission mit, er werde nächstens das Budget pro 1876 vorlegen.

Versailles, 11. Dezember. [Nationalversammlung.] Die Wahl des Herzogs von Mouchy wurde für gültig erklärt. Ein dinglicher Antrag bezüglich absoluter Freiheit der Versammlungen zu religiösen Zwecken, wurde in erster Berathung erledigt und mit 477 gegen 167 Stimmen zweite Berathung derselben beschlossen.

London, 12. Dezember. Der Streik der Spinnereiarbeiter von Dundee ist durch Nachgeben der Arbeitgeber beendet. — Die Admiraltät erhielt heute ein Telegramm des Kommandanten des englischen Kriegsschiffes „Krader“ aus Montevideo vom 9. Dezember, in dem gemeldet wird, daß die Truppen sich geweigert, gegen die Insurgenten zu marschieren. Sie verlangen die Entlassung des Ministeriums. Das Schiff wird in den dortigen Gewässern zum Schutz der britischen Unterthanen verbleiben.

Telegraphische Börsenberichte.

Breslau, 11. Dez. Nachmittags. Getreidemarkt. Spiritus pr. 100 Liter 100 Pf. pr. Dezember 181%, pr. April-Mai 56 Mt. 30 Pf. Weizen pr. April-Mai 186 Mt. Roggen pr. Dezember 52%, pr. April-Mai 150 Mt. Rübbel pr. Dez. 17%, pr. April-Mai 55% Mt., pr. Juni-Juli 56% Mt. Brot fest. — Weizen: Trübe.

Bremen, 11. Dezember. Petroleum (Schlußbericht). Standard white loco 10 Mt. 75 Pf. bei Fest.

Hamburg, 11. Dez. Getreidemarkt. Weizen loco fest, aber ruhig auf Termine fest. Roggen loco matt, auf Termine fest. Weizen 126-pf. pr. Dec. 1000 Kilo netto 186 B., 184 G. pr. Dezember-Januar 1000 Kilo netto 186 B., 184 G. — Im Februar 1000 Kilo netto 192% B., 191½ G. — Roggen pr. Dezember-Januar 1000 Kilo netto 161 B., 162 G. pr. Jan.-Februar 1000 Kilo netto 161 Br., 160 G. April-Mai 1000 Kilo netto 154% Br., 153½ G. Hafer still. Gerste ruhig Rübbel matt, loco u. pr. Dezember 56% pr. Mai pr. 200 B. 57. Spiritus fest, pr. Dezember 45% Febr.-März 45, pr. April-Mai 45½, Mai-Juni pr. 100 B. 100 p.C. 46%. Kaffee fest, ab rh. Umsatz gering. Petroleum fest, Standard white loco 10, 70 B., 10, 60 G. pr. Dezember 10, 60 G., pr. Januar-März 10, 80 G., pr. Aug.-Dezember 12, 00 G. Weizen: —

Köln, 11. Dezember. Nachmittags 1 Uhr. (Getreidemarkt). Schne. Weizen fest, biefiger loco 6, 25, fremder loco 6, 15, pr. März 19 Mt. 20 Pf. pr. Mai 19 Mt. 15 Pf. Roggen beh. biefiger loco 6, 7½, pr. März 15 Mt. 30 Pf. pr. Mai 15 Mt. 10 Pf. Hafer besser, loco 6, 22½, pr. März 18 Mt. 40 Pf. pr. Mai 18 Mt. 30 Pf. Rübbel loco, silo 6, 9½, pr. Mai 31 Mt. 20 Pf.

London, 11. Dezember. Nachmittags. Fremde Aufzüge seit letztem Montag: Weizen 7920, Gerste 13,120, Hafer 16,560 Orts.

Der Markt läuft für sämtliche Getreidearten bei schleppendem Geschäft zu unveränderlichen Preisen. — Weizen: Milde.

Liverpool, 11. Dezember. Nachmittags. Baumwolle (Schlußbericht): Umsatz 12,000 B., davon für Spekulation und Export 2000 Ballen. Matt. Verschiffungen mitunter 1/8 niedriger.

Midd. Orleans 7%, midd. fair Dohlerah 4%, good middling Dohlerah 4, midd. Dohlerah 3%, fair Bengal 4%, fair Broach 5, new fair Doura 5½, good fair Doura 5½, fair Madras 4%, fair Bernam 7%, fair Smyrna 6½, fair Egyptian 8½.

Antwerpen, 11. Dezember. Nachmittags 4 Uhr 30 Minuten. Getreidemarkt (Schlußbericht). Weizen ruhig, dän. — Roggen unverändert, inländ. Petersb. — Odessa 18%. Hafer ruhig, Königsberg —, Riga —, Gerste stetig, Odessa 17%, Donau —.

Petroleum-Markt (Schlußbericht

